

**Update zur IDM-Broschüre „Österreich und die EU-Osterweiterung – Argumente und Fakten“
3. Fassung August 2001**

Dr. Susan Milford

Stand, Februar 2004

- **EU-Kommission (EK) gab am 9. Oktober grünes Licht für die Erweiterung**

Die Fortschritte von **Lettland, Estland, Litauen, Polen, die Tschechische Republik, Ungarn, Slowenien, die Slowakei, Malta und Zypern** sprechen gemäß der EK für einen möglichst baldigen EU-Beitritt, denn diese Länder werden ihre aus der Mitgliedschaft entstehenden Pflichten innerhalb des geplanten Zeitraumes erfüllen können. **Bulgarien und Rumänien**, die das Jahr 2007 als vorläufiges Datum für ihren Beitritt ins Auge gefasst haben, und ebenso die **Türkei erfüllen die Kriterien der Übernahmen des Besitzstandes noch nicht vollständig.**

- **EU-Gipfel in Brüssel ebnete den Weg für die Erweiterung**

Der Europäische Rat von Brüssel hat mit seinen Beschlüssen am **24. und 25. Oktober 2002** den Grundstein für die größte Erweiterung in der Geschichte der Europäischen Union gelegt. Bis zum Erweiterungsgipfel in Kopenhagen galt folgendes Ergebnis von Brüssel als Verhandlungsgrundlage mit den Beitrittskandidaten.

1. Ab 2006 werden die EU-Ausgaben für die **Landwirtschaft** „gedeckt“ und nur noch um 1,0% jährlich erhöht. Die Beitrittskandidaten werden ab 2004 noch nicht die volle Höhe an Direktzahlungen erhalten. Diese werden erst schrittweise von anfänglich 25% bis 2013 auf 100% angeglichen. Insgesamt sind für die Agrarsubventionen an die zehn „Neuen“ für 2004-2006 9,6 Mrd. Euro, davon 2,6 Mrd. Euro Direktzahlungen vorgesehen.
2. Zwischen 2004 und 2006 sollen 23 Mrd. Euro zum Aufbau der Infrastruktur in die neuen Mitgliedstaaten fließen. Der Großteil der **Strukturhilfe** wird an Polen gehen. Am wenigsten sind für Zypern (0,5%), Malta (0,5% und Estland (1,6%) vorgesehen. Relativ hohe Förderungen gibt es für Österreichs direkte Nachbarn Tschechien (12,7%) und Ungarn (12%).
3. Beschlossen wurden auch „**pauschale, degressive und vorübergehende Zahlungen**“ an die neuen Mitglieder, die verhindern sollen, dass einer der zehn Staaten in den Jahren 2004-2006 zum Nettozahler werden könnte.
4. Sechs Monate vor dem geplanten Beitrittsdatum soll ein Fortschrittsbericht über die Kandidaten veröffentlicht werden, in dem die Übernahme des EU-Rechts geprüft werden soll. Auf Drängen der Niederlande wird nun im Bereich Justiz und Inneres eine **Sicherheitsklausel von 3 Jahren** eingeführt (der Kommissionsvorschlag hatte ein Jahr vorgesehen), laut der die bisherigen Mitgliedstaaten Maßnahmen gegen einen neuen EU-Staat verhängen können, wenn er seinen Verpflichtungen nicht nachkommt.
5. **Rumänien und Bulgarien** werden in ihren Beitrittswünschen für 2007 unterstützt, der **Türkei** wurde eine Überprüfung, aber kein Datum zugesagt.
6. Eine politische Lösung der **Zypernfrage** würde zwar begrüßt, ist aber keine Voraussetzung für den EU-Beitritt.
7. Für die zum Zeitpunkt des Gipfeltreffens in Brüssel noch strittige Frage bezüglich der **Exklave Kaliningrad** konnte man mittlerweile eine Einigung mit Russland erzielen. Ab 1. Juli 2003 soll ein befristetes und vereinfachtes Mehrfach-Transitdokument eingeführt werden, das gebührenfrei oder zu niedrigen Kosten bei einem litauischen Konsulat beantragt werden kann. Für den Zugtransit müssen die Reisenden ein spezielles Transitdokument für Einzelfahrten bei Kauf der Fahrkarte beantragen. Bis Ende 2004 akzeptiert Litauen russische Inlandspässe für die Ausstellung von Transitdokumenten, danach müssen internationale Pässe vorgelegt werden. Spätestens 2005 behält sich die EU eine Prüfung der Transitregelung vor.

- **Der Europäische Rat von Kopenhagen**

Der Europäische Rat ist am **12. und 13. Dezember 2002** in Kopenhagen zusammengetreten. Im Mittelpunkt dieses Ratstreffens stand die Erweiterung der Europäischen Union um zehn Länder (Slowenien, Slowakei, Ungarn, Malta, Zypern, Estland, Lettland, Litauen, Polen und die Tschechische Republik) im Mai 2004, um zwei Länder (Rumänien und Bulgarien) 2007 und um die Türkei. Die **Beitrittsverhandlungen mit den zehn** erstgenannten **Ländern** konnten **abgeschlossen** werden und es wurde bekannt gegeben, dass diese Länder mit 1. Mai 2004 in die Union aufgenommen werden können.

In der erzielten Einigung inbegriffen sind sämtliche erforderlichen **Übergangsfristen**, damit die beitretenden Staaten erfolgreich alle Verpflichtungen aus ihrer Mitgliedschaft erfüllen können. Weiters wurden in bestimmten **Schutzklauseln** Maßnahmen für die Bewältigung unvorhergesehener Entwicklungen festgelegt, die in den ersten drei Jahren nach der Erweiterung eintreten könnten.

Die **Beitrittsverträge wurden am 16. April** anlässlich der Ratstagung von den 15 bisherigen und den 10 neuen Mitgliedstaaten **unterzeichnet** werden. Die **zehn beitretenden Staaten** sollen bereits an den **Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2004 als Mitglieder** teilnehmen können.

Bei der „**Zypern-Frage**“ konnte, obwohl der Rat betonte, dass er dem Beitritt eines vereinten Zyperns nachdrücklich den Vorzug gibt, keine Einigung erzielt werden.

Die Union unterstützt die EU-Beitrittsbemühungen von **Bulgarien und Rumänien** und bestätigt das Ziel, diese beiden Länder 2007 als Mitglieder in die Europäische Union aufzunehmen.

Die **Türkei** wird von der Union aufgerufen, ihre Reformprozesse energisch voranzutreiben. Ist der Europäische Rat auf Grundlage eines Berichts und einer Empfehlung der Kommission der Ansicht, dass die Türkei die politischen Kriterien von Kopenhagen erfüllt, sollen unverzüglich Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden. Das **Finanzpaket für die Erweiterung** umfasst **40,8 Mrd. Euro**. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass die neuen Mitgliedstaaten für die Zeitspanne 2004-2006 9,084 Mrd. Euro ins Budget einzahlen werden.

- **EU-Beitritt am 1. Mai 2004**

Am **16. April 2003** fand die feierliche **Unterzeichnung der Beitrittsverträge** auf der Akropolis in Athen statt. Anschließend erfolgte die Einleitung des Ratifizierungsprozesses in den 15 EU-Mitgliedstaaten. Gleichzeitig werden die Referenden über den EU-Beitritt in den Kandidatenländern abgehalten und im Falle der Zustimmung wird der Beitrittsvertrag ratifiziert. Der tatsächliche **Beitritt** ist für den **1. Mai 2004** vorgesehen, denn bereits im Juni 2004 sollen die neuen Mitglieder an den EU-Parlamentswahlen teilnehmen können.

- **Die EU-Referenden**

In den Beitrittsländern mussten mit Ausnahme von Zypern Referenden über den EU-Beitritt abgehalten werden, wobei einige nur konsultativen Charakter hatten.

Malta hat bereits am 8. März das EU-Referendum abhalten. **53,5%** der rund 300.000 stimmberechtigten Malteser stimmten **für den EU-Beitritt**. **Slowenien** hatte das EU-Referendum für den 23. März angesetzt und dieses mit der NATO-Abstimmung verknüpft. Das deutliche Votum von **89,61% für den Beitritt** Sloweniens zur EU und immerhin 66,05% für einen Beitritt zur Nato war auch für Meinungsforscher eine Überraschung.

Unter den Visegrád-Ländern eröffnete **Ungarn** den Reigen der EU-Referenden am 12. April: **83,8%** stimmten **für den EU-Beitritt**, gefolgt von der **Slowakei** am 16.-17. Mai, wo sich **92,7%** der Bevölkerung **für den Beitritt** aussprachen. In **Polen** votierten am 8. Juni **77% für den Beitritt** ihres Landes und in **Tschechien** stimmten am 13. und 14. Juni ebenfalls **77% dafür**. Bei den baltischen Ländern machte **Litauen** am 10. und 11. Mai den Auftakt. **63,3%** der Litauer sprachen sich **für eine Mitgliedschaft in der EU** aus. In **Estland** stimmten am 14. September **67%** der Wähler **für den EU-Beitritt**. Das letzte Referendum wurde am 20. September in **Lettland** abgehalten, wobei auch hier **67% für den Beitritt** votierten.

- **Voraussichtlich geteiltes Zypern als EU-Mitglied**

Die Vertreter der türkischen und der griechischen Volksgruppe Zyperns, Rauf Denktasch und Tassos Papadopoulos, konnten sich noch zu keiner Lösung für die Überwindung der Trennung der Mittelmeerinsel durchringen. Alle Rettungsversuche von UN-Generalsekretär Kofi Annan für eine Wiedervereinigung Zyperns konnten bisher nicht fruchten. Derzeit wird aber wieder fieberhaft hinter verschlossenen Türen verhandelt. Zypern soll jedenfalls ohne zeitliche Verzögerungen als EU-Mitglied aufgenommen werden, auch wenn keine Einigung bis zum 1. Mai erzielt werden kann.

Für diesen Fall wird die Anwendung des Acquis Communautaire im türkischzypriotischen Norden der Insel so lange ausgesetzt, bis der Rat auf Vorschlag der Kommission etwas anderes beschließt. Rechtlich wird dann zwar der gesamte Inselstaat Mitglied der EU, aber praktisch kann das EU-Recht nur im griechischzypriotischen Teil der Insel Anwendung finden.

- **Kroatien stellt Beitrittsantrag**

Am 21. Februar hat Kroatiens Ministerpräsident Ivica Račan dem griechischen EU-Ratsvorsitzenden Simitis den Beitrittsantrag seines Landes zur EU übergeben. Kroatien hofft, dass die Union sich auf das Jahr 2007 als Zieldatum für den Beitritt verständigt - parallel zu Rumänien und Bulgarien.

- **Konvent und EU-Verfassung**

Der Konvent zur Zukunft Europas hatte zur Aufgabe, Vorschläge für eine Reform der EU sowie einen Verfassungsentwurf ausarbeiten, welcher für mehr Demokratie, Transparenz und Effizienz in der EU sorgen soll. Der Konvent bestand aus 105 ordentlichen Mitgliedern sowie 102 Stellvertretern und setzte sich neben dem Präsidenten (Valérie Giscard d'Estaing) und den beiden Vizepräsidenten (Giuliano Amato, Jean Luc Dehaene) aus 15 Vertretern der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten, 30 Mitgliedern der nationalen Parlamente (je zwei pro Mitgliedstaat), 16 Mitgliedern des EU Parlaments und zwei Vertretern der Kommission zusammen. Die Staats- und Regierungschefs der 10 Beitrittsstaaten und der 3 Beitrittskandidaten konnten je einen Vertreter in den Konvent und die jeweiligen nationalen Parlamente aus diesen Ländern je zwei Vertreter entsenden. Die Beitrittsländer sind in vollem Umfang an den Beratungen beteiligt, ohne allerdings stimmberechtigt zu sein.

Der Konvent hat am 13. Juni 2003 einen Verfassungsentwurf vorgelegt - bis zur tatsächlichen Umsetzung einer europäischen Verfassung ist es aber noch ein weiter Weg.

Der Europäische Rat in Thessaloniki hat den vorläufigen Entwurf begrüßt und als eine gute Ausgangsbasis für den Beginn der Regierungskonferenz bezeichnet. Die im Oktober 2003 einberufene Regierungskonferenz ist allerdings gescheitert und so konnte nicht wie geplant, vor dem 1. Mai 2004 der Vertrag unterzeichnet werden. Man hofft auf Fortschritte bei der nächsten Regierungskonferenz, die aber nicht vor März 2004 statt finden wird.